

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pppn d



Inhalt

Wolfgang Clement, Vorstandssprecher der SPD, macht auf jüngste Umfrage-Ergebnisse aufmerksam: Unions-Parteien im Stimmungstief.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, fordert bauliche Maßnahmen zur Sicherung der Fußgängerzonen: Billiger und wirkungsvoller.

Seite 4

Dokumentation:
Der Vorsitzende des Republikanischen Anwaltsvereins, Dr. Werner Holtfort MdL, hat Bundeskanzler Helmut Kohl aufgefordert, den 8. Mai 1945 als "Tag der Chance" zu begreifen. Wir dokumentieren seinen Brief an den Kanzler.

Seite 5

40. Jahrgang / 7

10. Januar 1985

Unions-Parteien im Stimmungstief

Niedrigste Umfrage-Ergebnisse seit der Bundestagswahl

Von Wolfgang Clement
Vorstandssprecher der SPD

CDU/CSU und FDP haben zur Jahreswende offensichtlich Festtagszauber veranstaltet: Der nicht ganz erfolgreiche Versuch der Regierungsparteien, sich auf einer selbstentfachten (und per Anzeigenkampagne aus Steuergeldern finanzierten) Woge der Zuversicht in ein Stimmungshoch zu reden, entpuppt sich im Nachhinein als ordinärer "Türke": Die Herren Geißler, Genscher und Co. haben sich zumindest sehr willkürlich aus der umfangreichen Umfragedatei bedient, die der Regierung - im Gegensatz zur Opposition - zur Verfügung steht.

Heute hingegen ist erkennbar: Die Unionsparteien befanden sich Ende 1984 in einem Stimmungstief. Ihre Wählerpotentiale weisen die niedrigsten Werte seit der Bundestagswahl 1983 auf.

Eine Umfrage, die die Forschungsgruppe Wahlen zwischen dem 4. und 8. Dezember durchgeführt hat, belegt dies: Bei der Wahlabsichtsfrage liegen die beiden großen Parteien mit je 44 Prozent gleichauf, die Grünen erreichen neun, die FDP magere drei Prozent.

Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß die Forschungsgruppe Wahlen im Unterschied zu den anderen Meinungsforschungsinstituten die Wahlabsichtsfrage nicht politisch "gewichtet". Würde man dies tun (indem man die Ergebnisse der "Rückereinerungsfrage" berücksichtigt, also: für welche Partei die Befragten am 6. März 1983 votiert haben), so ergeben sich politisch gewichtet die folgenden Wählerpotentiale:

CDU/CSU	43 Prozent
SPD	42 Prozent
FDP	6 Prozent
Grüne	9 Prozent

In der Tendenz stimmen diese Zahlen offensichtlich überein mit Ergebnissen von Infratest, bei denen die CDU/CSU um die 42 Prozent, die SPD um 40 Prozent, die FDP um fünf Prozent und die Grünen über zehn Prozent liegen.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressediens GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Printed in Germany
with material from
Köln-Post



Die beiden Institute unterscheiden sich vor allem darin, daß Infratest schon seit Monaten bei der SPD kaum Bewegung in den Wählerpotentialen verzeichnet und die Partei "Die Grünen" deutlich höher veranschlagt, während bei der Forschungsgruppe Wahlen die Werte für die SPD in den letzten Monaten größeren Schwankungen unterworfen waren, und die Partei "Die Grünen" nicht so stark vertreten war.

Der SPD-Parteivorstand hat nun Infratest beauftragt (in einer Umfrage vom 15. November bis 1. Dezember 1984 / 1.800 Befragte), die persönliche Haltung der Befragten zu den Parteien näher zu untersuchen. Um ein möglichst differenziertes Bild zu erhalten, wurde den Befragten ein Antwortkatalog vorgelegt, der von grundsätzlicher Zustimmung ("Ich werde diese Partei auf jeden Fall wählen") bis zu grundsätzlicher Ablehnung ("Lehne diese Partei grundsätzlich ab") reichte.

Folgende Tendenzen sind hier besonders bemerkenswert:

- Der Anteil der "Stammwähler" ("Ich werde diese Partei auf jeden Fall wählen") liegt derzeit für die CDU/CSU bei 27 Prozent, für die SPD bei 25 Prozent, für die Partei "Die Grünen" bei fünf Prozent und für die FDP bei drei Prozent.
- Die CDU/CSU hat es in der Wählerschaft mit einer wesentlich größeren Gruppe von grundsätzlichen Gegnern zu tun als die SPD: 14 Prozent der Befragten lehnen die CDU/CSU "grundsätzlich" ab, nur acht Prozent äußerten sich gegenüber der SPD in diesem Sinne.
- Rechnet man einmal zum weitesten Sympathisantenfeld einer Partei diejenigen, die entweder sagen "Ich werde diese Partei vielleicht sogar wählen" oder "Ich werde diese Partei vielleicht unterstützen, aber nicht wählen", dann besitzt die SPD ein deutlich größeres Sympathiesantenpotential als die CDU/CSU: 34 Prozent der Befragten zeigten in dem dargestellten Sinne Sympathien für die SPD, nur 27 Prozent äußerten sich entsprechend in Richtung CDU/CSU.
- Und: Von den SPD-Anhängern spielen zehn Prozent mit dem Gedanken, die CDU/CSU "vielleicht zu wählen". Bei den Unionsanhängern sind es 14 Prozent, die "vielleicht" SPD wählen würden. Von den Anhängern der Partei "Die Grünen" sind es 23 Prozent, die "vielleicht" SPD wählen würden, 14 Prozent denken daran, "vielleicht" für die Union zu votieren.



Hinsichtlich der "Kompetenz"-Zuweisungen durch die Befragten an die Parteien ergeben sich noch die folgenden bemerkenswerten Daten:

- Die SPD liegt in Fragen der sozialen Gerechtigkeit deutlich an der Spitze: 41 Prozent der Befragten trauen den Sozialdemokraten - anders als der Union (20 Prozent) - zu, am besten für die Herstellung gerechter Verhältnisse sorgen zu können.
- Ähnliches gilt beispielsweise in der Mietfrage: 31 Prozent votieren hier für die SPD, gegenüber 23 Prozent für die CDU/CSU.
- In der Rentenfrage liegen die Unionsparteien nur noch ganz knapp vor der SPD: 33 gegenüber 29 Prozent.
- In Fragen der Staatsverschuldung oder der Sorge für stabile Preise liegt hingegen die CDU/CSU eindeutig vorn; 40 Prozent trauen der Union eher als der SPD (21 Prozent) zu, für Preisstabilität zu sorgen.
- Im Kompetenzfeld Ostpolitik/Friedenssicherung/Stopp des Wettrüstens ergibt sich insgesamt ein "klarer" Vorsprung für die Sozialdemokraten: Zwar führen die Unionsparteien noch im Ringen um eine Beendigung des Wettrüstens (26 gegenüber 20 Prozent für die SPD), aber hinsichtlich der Kompetenz für die Friedenspolitik votieren 27 Prozent für die SPD, gegenüber 25 Prozent für die CDU/CSU; und bei der Entspannung in Richtung Osten ist das Ergebnis völlig eindeutig: 42 Prozent trauen hier den Sozialdemokraten mehr zu als der Union (25 Prozent).
- Völlig eingebüßt hat die Union schließlich den Kompetenzvorsprung, den sie noch im März 1983 in Fragen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hatte; nur noch 29 Prozent glauben, daß die CDU/CSU besser als andere (SPD: 27 Prozent) mit der Arbeitslosigkeit fertig zu werden vermöge.

Bedenklich für alle Parteien: Der Anteil derjenigen, die gerade auf diesem Feld keiner der Parteien etwas zutrauen, liegt bedrückend hoch, nämlich bei 21 Prozent. Es ist sicher nicht unfair, die Urheberschaft für diese gravierende Vertrauenseinbuße der politischen Parteien bei den Regierungsparteien anzusiedeln, die mit der "Aufschwung"-Parole insbesondere bei vielen Arbeitnehmern hohe Erwartungen geweckt, aber diese bis auf den heutigen Tag bitter enttäuscht haben. (-/10.1.1985/vo-he/rs)

+ + +



Billiger und wirkungsvoller

Bauliche Maßnahmen müssen Fußgängerzonen sichern

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Insbesondere der sprunghafte Anstieg der Motorisierung in den letzten Jahrzehnten, der Ausbau und Neubau von Straßen und anderen Einrichtungen für den fahrenden beziehungsweise ruhenden Verkehr sowie die daraus erwachsenden Belastungen der Bürger durch Lärm und Abgase haben in unseren Städten Fehlentwicklungen verursacht. Die Wohnqualität ist gesunken. Hier muß wirksam gegengesteuert werden.

In den Innenstädten sind vielfach Fußgängerzonen errichtet worden. Sie haben die Vielfalt des innerstädtischen Lebens vor allem dann intensiviert, wenn sie in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Interessen der Geschäftswelt sowie der Gastronomie geplant und erstellt worden sind.

Jetzt muß auch in den Wohngebieten das Umfeld menschlicher gestaltet und die Lebensqualität verbessert werden durch die Einrichtung verkehrsberuhigter Bereiche. Da in diesen Zonen unter anderen die Fußgänger die Straße in ihrer ganzen Breite benutzen dürfen und auch Kinderspiele überall erlaubt sind, wird dem Fahrzeugverkehr Schrittgeschwindigkeit vorgeschrieben.

Diese Schrittgeschwindigkeit ist jedoch nicht allein durch die Aufstellung des Zeichens "Nr. 325 verkehrsberuhigter Bereich" zu erzielen. Erforderlich sind vielmehr bauliche Maßnahmen, die den Kraftfahrzeugverkehr zu einer sehr langsamen Geschwindigkeit zwingen. Die Straßen müssen durch ihre Gestaltung deutlich den Eindruck vermitteln, daß die Aufenthaltsfunktion überwiegt und daß der Fahrzeugverkehr hier eine untergeordnete Bedeutung hat. Sie müssen sich deshalb merklich von angrenzenden Straßen, die nicht verkehrsberuhigt sind, unterscheiden. Häufig wird deshalb gefordert, daß die Straße auf ihrer gesamten Breite niveaugleich ausgebaut werden muß. Gegen einen solchen Ausbau hat sich in der Vergangenheit manche Kommune gewandt und geltend gemacht, die Aufwendungen hierfür seien zu hoch und eine flächenhafte Verkehrsberuhigung könne wegen dieser Kosten nicht erfolgen.

Dies ist aber schon im Ansatz unzutreffend. Ein niveaugleicher Ausbau ist nicht zwingend erforderlich. Wir müssen uns lösen von der Vorstellung, "nur das Teuerste ist gut genug". Sicherlich kann der Verkehr in beruhigten Zonen mit kostspieligen Maßnahmen zur Schrittgeschwindigkeit gebracht werden. Ideen sind aber billiger und häufig sogar wirkungsvoller:

- Ausbilden einer Torsituation bei Ein- und Ausfahrten aus dem beruhigten Gebiet, zum Beispiel durch Pergolen, Torbögen, Poller, Beleuchtungskörper, Baumkübel.
- Abtrennung des verkehrsberuhigten Gebiets mit einem durchgehenden Fußweg an den übergeordneten Straßen. Nur der Bordstein ist an der Ein- und Ausfahrt abgesenkt.
- Gestaltungselemente mit Symbolwerten zur ständigen Erinnerung daran, daß in diesem Bereich die Aufenthaltsfunktion überwiegt, zum Beispiel Bäume, Bepflanzungen, Brunnen, Einengungen, versetzt geführte Wege für die Kraftfahrzeuge, Aufpflasterungen.
- Sicherung von Aufenthaltsflächen gegenüber dem ruhenden und fließenden Verkehr, zum Beispiel durch Poller, Baumkübel, Pflanzkästen, Straßmöbel, Bänke, Aufmalen von Spielfeldern, besondere farbliche Gestaltung.

Der Einsatz dieser Elemente auch in Einbahnstraßen ist vielfältig miteinander kombinierbar und abhängig von der städtebaulichen Situation. Der Straßenraum darf aber nicht mit Ornamenten und Möblierungen überladen werden. Er muß mit dem Ziel gestaltet werden, das Verhalten des Autofahrers zu verändern. Hierbei müssen die Bewohner beteiligt werden, damit sie durch Ideen und Vorstellungen ihr Wohnumfeld konstruktiv mitgestalten können.

(-/fo.1.1985/va-he/rs)

Verpflichtiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

D O K U M E N T A T I O N

Holtfort-Brief an Kohl: Den 8. Mai als Tag einer Chance begreifen

Der Vorsitzende des Republikanischen Anwaltsvereins, Dr. Werner Holtfort MdL, hat Bundeskanzler Helmut Kohl einen Brief geschrieben, der sich mit der Bedeutung des 8. Mai 1945 befaßt. Wir veröffentlichen das Schreiben im Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

am 3. Januar 1945, vor vierzig Jahren, begann die Gegenoffensive der Alliierten in den Ardennen, dem wenige Tage später der Beginn der russischen Durchbrüche an der Weichsel und auf Ostpreußen folgten. Der Zusammenbruch des mörderischen Dritten Reiches war damit unabänderlich eingeläutet. Ich bitte nun Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, an diesem Tage sehr herzlich und dringlich, die Vertretung unserer Republik zum 40. Gedenken dieses Zusammenbruchs dem Herrn Bundespräsidenten zu überlassen und Ihre Ansicht dazu zurückzuhalten.

Sie haben Ende Januar vorigen Jahres in Israel kundgetan:

'Ich selbst war bei Kriegsende erst 15 Jahre alt... Eine junge deutsche Generation begreift die Geschichte Deutschlands nicht als Last, sondern als Auftrag für die Zukunft... Die junge deutsche Generation weigert sich, sich selbst für die Taten der Väter schuldig zu bekennen...'

Diese Worte sind getadelt worden, man kreierte Ihnen Oberflächlichkeit an. Wohl werden Viele so denken: Die grauenhafte Tyrannei des Unrechtstaates wäre demnach sozusagen ein Betriebsunfall, versagt hätte allenfalls eine Generation, die nachfolgenden hätten nichts damit zu schaffen. Doch sollte wenigstens jeder, der für die Bundesrepublik und ihre Bürger spricht, mindestens dieser, sich abgrenzen von Indolenz und Selbstbetrug solcher Art.

Ich, zehn Jahre älter als Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, gehöre zu dieser schuldigen Generation. Wir waren manipuliert, verleitet durch ein falsches Kollektivbewußtsein, welches durch mehrere Generationen politischer und historischer Fehlleitung bewirkt worden war. Ich war, noch keine 18 Jahre alt, von der Schulbank in den Arbeitsdienst gekommen und habe aus vermeintlichem Patriotismus und ohne tieferes Nachdenken den ganzen Krieg über an der Front, unterbrochen nur durch mehrere Verwundungen, für das Terrorregime gekämpft. Ich war kein Widerstandskämpfer, habe kein Opfer der Gefahr entrissen, vielmehr geschwiegen, als die Synagogen brannten bei dem schrecklichen Pogrom, welches noch heute so euphemistisch 'Reichskristallnacht' heißt. (Allerdings habe ich mich auch nie der Ausrede bedient, trotz jenes Pogroms und der gelben Judensterne habe man von all dem Bösen nichts gewußt, oder der anderen Ausrede, man habe sich eben in die 'innere Emigration' zurückgezogen.)

Dennoch wurde alsbald nach dem Ende des Nazistaates mit flinker Zunge und im Brustton der Überzeugung unsere Kollektivschuld verneint. Verurteilt wurden eine Handvoll 'Hauptkriegsverbrecher' von den alliierten Gerichten in Nürnberg und ein paar hundert Sündenböcke nach jahrelangem Zögern durch bundesdeutsche Gerichte. Es waren fast ausschließlich Todesschützen und KZ-Wärter, kleine Leute, die den Finger am Abzug gehabt hatten, mit wenigen Ausnahmen wie meist die Letzten, die immer von den Hunden gebissen werden. Dieses hatte eine Entlastungsfunktion, die es ermöglichte, diejenigen ungestraft und voll in die bundesrepublikanische Gesellschaft zu integrieren, die den Verbrechen des Hitler-Regimes nur am Schreibtisch gedient hatten. Der Schuldspruch



allein für diejenigen, die den Finger am Abzug krümmten, hat es ermöglicht, Wegbereiter, Propagandisten, politische Leiter und so weiter, die sich eigentlich schweigend und beschämt hätten aus dem öffentlichen Leben zurückziehen sollen, zu Staatssekretären, Ministern, gar zu Ministerpräsidenten in unserer Republik aufsteigen zu lassen.

Andera mögen meine Annahme von einer Kollektivschuld ablehnen, ich werde darüber mit ihnen nicht streiten. Kollektivschuld wenigstens aber scheint mir bei allen geboten, auch den damals erst Fünfzehnjährigen, sogar den damals noch gar nicht Geborenen, die dieses schreckliche Erbe eines Volkes tragen müssen, nicht nur bei den Angehörigen der schuldigen Generation.

Bitte erlauben Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, mir, der sich jedenfalls mitschuldig fühlt und das als Triebfeder für seine politische Tätigkeit nimmt, um jedwede Wurzel solcher schändlichen Taten zu bekämpfen, Ihnen, der Sie offenbar keine Verantwortung aus der Vergangenheit empfinden, wenigstens folgendes vor Augen zu führen:

Schreckliche Wahrheit ist doch, daß auch jetzt noch jüdische Grabstätten geschändet werden, daß gemeinste Witze über Judenvergasungen umlaufen, gar symbolische Judenverbrennungen vorkommen, alte haßerfüllte Parolen in Schundblättern und Sprechchören frech und unverschämt wiederkehren, 'Traditionsverbände' der damaligen terroristischen Vereinigungen aufmarschieren und sich versammeln, Nazi-Nostalgien in Schriften und auf Schallplatten erscheinen, höchstbedenkliche Filme über die 'Karriere' des Adolf Hitler aufgeführt werden. Es gibt ferner Urteile, Beschlüsse und Verfügungen, die einen daran zweifeln lassen könnten, ob gegen solche Ausschreitungen die justiziellen Mittel mit dem gleichen Nachdruck wie gegen andere politische Delikte eingesetzt werden. Beklagt werden muß daneben eine fast gänzliche Unkenntnis unserer Schuljugend darüber, welche Greuel Nationalsozialismus bedeutet!

Niemand kann garantieren, daß diese teuflischen Gefahren für immer ausgerottet sind. Dies und die Ehre der Opfer, die in Massengräbern in der Welt zerstreut liegen, nachdem sie großenteils zuvor in der Hölle der KZs gemartert und geschändet worden waren, gebietet meiner Überzeugung nach eine andere Antwort als die Erklärung, die damals erst Jungen weigerten sich, diese Geschichte als Last zu begreifen oder sich gar für die Taten ihrer Väter schuldig zu bekennen. Ich bitte, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, es mir nicht zu verübeln, wenn ich solche Sätze für sehr schlimm halte. Dennoch enthalten sie ja ein Körnchen Wahrheit: Die militärische Niederlage, das dadurch verursachte Ende des Reiches, dies ist sicherlich nicht als "Last" von der jungen Generation zu verantworten. Diese Ihre Generation könnte den 8. Mai als Tag einer Chance, als "Auftrag für die Zukunft" begreifen. Doch so, wie Sie es ausgedrückt - und leider wohl auch gemeint - haben, wird diese Chance vertan und verschüttet.

Vermutlich beabsichtigen Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, nicht, ihre damaligen Bemerkungen, nachdem Sie so hart kritisiert worden sind, wörtlich zu wiederholen. Aber in welchen Wendungen auch immer Sie - zuletzt in Ihrer Neujahrsansprache - über den Untergang Hitlers und des Reiches sprechen, jedermann im In- und im Auslande dürfte jene Sätze wieder im Ohr haben, die so eindrücklich auf die 'Unfähigkeit zum Trauern' schließen lassen. Deshalb wiederhole ich meine eingangs ausgedrückte Bitte, die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland zu diesem 40. Jahrestage, denjenigen allein zu überlassen, dem sie den Buchstaben des Grundgesetzes nach auch zukommt, nämlich dem Herrn Bundespräsidenten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Werner Holtfort."

(-/10.1.1985/rs/ks)

+ + +

